

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

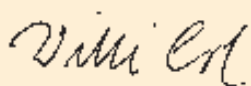
alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Jeder hat das Recht auf Bildung, Arbeit, ausreichende Ernährung, Bekleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen. Niemand darf grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung unterworfen werden.

Dies sind nur einige Forderungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Für viele bleiben sie jedoch bedeutungslos, uneingelöste Versprechen der Völkergemeinschaft. Deshalb hat sich CARE zum Ziel gesetzt, weltweit nicht nur Not und Armut, sondern auch Benachteiligung zu überwinden.

Benachteiligung hat viele Gesichter, und sie sind immer hässlich. Zum Beispiel in Serbien, wo Ärzte erst dazu gedrängt werden müssen, ein schwerstverbranntes Roma-Kind zu behandeln, weil seine Eltern weder Geld noch Papiere besitzen. Oder in Afghanistan, wo CARE Schulen einrichtet und vor allem Mädchen hilft, das nachzuholen, was bittere Armut und die Tyrannei der Taliban ihnen lange vorenthalten haben – ein Minimum an Bildung. In vielen äthiopischen Dörfern wiederum gelang es uns durch Aufklärung, das grausame und lebensgefährliche Ritual der Frauenbeschneidung abzuschaffen. Selbst in betreuten Flüchtlingslagern Südsiens beobachtete CARE nach dem Tsunami, wie alte Witwen sich selbst überlassen wurden – und kümmert sich deshalb in besonderem Maße um sie.

Wer für Integration, Chancengleichheit und Selbstbestimmung eintritt, ebnet Wege aus der Armut. Und wer Armut reduziert, gibt auch Benachteiligten die Möglichkeit, ihr Leben in Würde zu gestalten. Bitte helfen Sie dabei, indem Sie die CARE-Projekte mit Ihrer Spende unterstützen. Vielen Dank!

Mit herzlichen Grüßen,
Ihr



Willi Erl
Vorsitzender

Kein Geld, keine Papiere, keine Hilfe



Foto: Jörg Loeffke

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) zog Anfang 2003 in einem Bericht über die Roma-Minderheiten in Mitteleuropa eine beschämende Bilanz: Die tiefe Armut in ihren Siedlungen sei so schockierend, dass sie den Vergleich mit afrikanischen Entwicklungsländern nicht zu scheuen brauche.

In der Regel teilen sich mehrere Generationen ein bis zwei Zimmer in „Wohnungen“, die weder über Strom noch Wasser oder Heizungen verfügen, in denen kaum Lebensmittel zu finden sind, keine Kleider und keine Möbel.

Die Diskriminierung der Roma und Vorurteile gegenüber den „Zigeunern“ sind so alt wie ihre Geschichte. Für viele Kommunen existieren Roma offiziell gar nicht. Sie sind nicht registriert, haben keine Ausweise und damit weder Wahlrecht noch Zugang zu Arbeitsämtern und sozialen oder medizinischen Diensten. Hunger und Krankheit, Beschäftigungslosigkeit und Analphabetentum

Von CARE ausgebildete Gemeinschaftssprecher helfen den Roma im Umgang mit Behörden und Formularen.

machen die Mehrheit dauerhaft abhängig von humanitärer Hilfe.

Auch der vierjährige Redzep lebt mit seinen Eltern und einem Bruder in einer tristen Romasiedlung am Stadtrand von Belgrad. Dort hin hat sie der Kosovo-Krieg 1999 verschlagen, arm und perspektivlos. Anfang 2004 kommt der Tag, der alles noch schlimmer macht. Am 26. Januar setzt der Ofen im einzig beheizten Raum eine Matratze in Brand, auf der der kleine Redzep liegt und schläft. Das Feuer breitet sich rasend schnell aus, nur mit Mühe kann Vater Hasan seinen Jüngsten aus den Flammen retten.

Opfer kaltherziger Bürokratie

Redzep wird mit schwersten Verbrennungen in das Kinderkrankenhaus Tirsova eingeliefert. Dort weigern sich die Ärzte, das



Foto: Stefan Tschink

Die „Deponia“ bei Belgrad: Wilde Müllhalden bilden das Zuhause für viele Roma-Kinder.

Romakind zu versorgen. Kein Geld, keine Papiere, keine Hilfe. Erst als anwaltschaftliche Vertreter und Sprecher der Roma intervenieren, werden die Mediziner tätig.

Hartnäckig müssen alle von CARE ausgebildeten „Community Advocates“ sein, denn Tag für Tag versuchen die 32 Gemeinschaftssprecher, im Kampf gegen Bürokratie, Diskriminierung und Ignoranz die Lebensbedingungen der Roma zu verbessern. Aufgrund jahrelanger Erfahrung mit Minderheiten-Projekten im ehemaligen Jugoslawien erhielt CARE von der Initiative für Demokratie und Menschenrechte der Europäischen Kommission (EIDHR) Gelder für ein entsprechendes 30-monatiges Programm. Zielgruppe sind die großen Roma-Gemeinschaften in den drei serbischen Städten Belgrad, Nis und Kragujevac. Das Projekt soll dazu beitragen, ein neu erlassenes Gesetz zum Schutz nationaler Minderheiten mit Leben zu füllen.

Anwälte der Ausgestoßenen

Das „Community Advocates Program“ (CAP) führt CARE in Partnerschaft mit vier Roma-Organisationen durch. Es kommt mehr als 33.000 Roma in 23 Siedlungen zugute und verfolgt fünf Hauptziele:

- Integration in alle Bereiche des öffentlichen Lebens;
- Vermittlung von Kenntnissen, die die Roma befähigen, alle juristischen Möglich-

- keiten auszuschöpfen, ihre fundamentalen Menschen- und Bürgerrechte wahrzunehmen;
- bessere Repräsentation und Selbstorganisation;
- engere Kooperation mit kommunalen und staatlichen Behörden sowie Sozialdiensten, um „amtliche“ Diskriminierung, Hürden und Blockaden in der Verwaltung und Rechtsprechung abzubauen;
- wachsendes Verständnis, gesellschaftliche Toleranz und Respekt gegenüber den Roma – der in Serbien am stärksten benachteiligten Minderheit.

Zwischen Hoffnung und Verzweiflung

Redzep hat überlebt, doch sein Gesicht ist entstellt, die Finger mussten amputiert werden, seine Narben schmerzen, er hat Atemprobleme und hört kaum noch etwas. Die Community Advocates tun deshalb weiterhin alles, um der Familie zur Seite zu stehen, unterstützen sie im Alltag und bei Behörden, haben Ausweise besorgt und versuchen, weitere medizinische Hilfe zu finden. „Wenn es die Community Advocates nicht gäbe, würde niemand etwas für Redzep tun“, stellt seine Mutter Merita traurig fest.

Flankiert wird das Programm durch zahlreiche Maßnahmen wie Bildungs- und Medienkampagnen, die Einrichtung eines Rechtshilfefonds, die Förderung von Gemeinschaftsinitiativen und den Aufbau eines Roma-Netzwerkes.

Neues Programm für Arbeit und Einkommen

Aufgrund der erzielten Erfolge plant CARE, das Programm mit Unterstützung der Europäischen Kommission (EAR) auszuweiten. Da Arbeitslosigkeit zu den größten Problemen der Roma in Serbien gehört, soll das neue Projekt ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern, die Erwirtschaftung von Einkommen und die Gründung mittlerer oder kleiner Unternehmen fördern. Vermittlungs- und Beratungszentren sowie Fortbildungsangebote sollen auch die Zusammenarbeit zwischen Roma und öffentlichen wie privaten Arbeitgebern intensivieren und die Betroffenen über ihre Rechte im Arbeitsleben aufklären. Um die zahlreichen Sammler von Altpapier und -metall zu stärken, möchte CARE ihnen helfen, eine Gewerkschaft ins Leben zu rufen.

CARE International Deutschland hat sich verpflichtet, das „Community Advocates Program“ mit Eigenmitteln von knapp 180.000 Euro gegenzufinanzieren. Bitte spenden Sie!



Foto: Jörg Loeffke

Eine typische Unterkunft der Roma – nicht mehr als ein Raum mit Matratzen.

Verlorene Jahre – Für die Mädchen in Afghanistan zählt jeder Monat



Foto: CARE/Jason Sangster

Lima will einmal Ärztin werden. Unter den Taliban hätte sie nicht einmal lesen gelernt.

Lima ist zwölf Jahre alt, aber sie geht erst seit drei Jahren in die Schule. Erst seit die radikalislamischen Taliban, die Frauen jegliche Bildung verboten hatten, von der Macht vertrieben wurden, darf das intelligente Mädchen aus dem Dorf Deh Yaqub nördlich von Kabul Lesen und Schreiben lernen. Sie ist mit Feuereifer bei der Sache und gehört immer zu den ersten, die sich melden, wenn die Lehrerin eine Frage stellt. Dari, die afghanische Form des Persischen, ist ihr Lieblingsfach.

Die Schule, die Lima besucht, ist Teil eines CARE-Programmes zur Förderung der gleichberechtigten Grundbildung. Es besteht aus zwei Komponenten: Das Projekt COPE (Community Organized Primary Education) hilft armen Dörfern, Schulen zu gründen und auszustatten; und ein neues Kompakt-Lernprogramm erlaubt Mädchen im Alter von 9 bis 14 Jahren, ihre elementare Ausbildung in nur drei Jahren nachzuholen. Bei der Umsetzung der Arbeit sind die Gemeinden weitgehend autonom. Das fördert die Identifikation der Menschen mit „ihrer“ Schule. Dörfliche Bildungs-Komitees organisieren den Unterricht. CARE übernimmt ledig-

lich die Kosten, die die Gemeinde selbst nicht tragen kann.

Stolz auf seine Töchter

Lima hat drei Brüder und acht Schwestern. Ihre Mutter starb bei der Geburt des letzten Kindes. Zum Glück für Lima ist ihr Vater, ein Obstbauer, ein fortschrittlich denkender Mann. Er ist sichtlich stolz, dass mehrere seiner Töchter am Unterricht teilnehmen. Er kontrolliert auch nachmittags die Hausaufgaben der Kinder. Wenn Lima mit der Schule fertig ist, möchte sie Medizin studieren. „Weil es zu wenig Ärztinnen in Afghanistan gibt“, sagt sie selbstbewusst.

Etwa 40.000 Kinder, gut die Hälfte davon Mädchen, besuchen derzeit die rund 400 COPE-Schulen, an denen 750 Lehrerinnen und Lehrer unterrichten. 2.000 ältere Mädchen absolvieren das Kompakt-Lernprogramm in Kabul. CARE hat dafür Lehrer und Tutoren des afghanischen Bildungsministeriums ausgebildet.



Schule für die Kinder am Hindukusch

Erst ein Drittel aller afghanischen Kinder kann zur Schule gehen. Gemeinsam mit der UNO-Flüchtlingshilfe und der Stadt Bonn führt CARE International Deutschland deshalb 2005 die Kampagne „Helfen steckt an! Bonner für Afghanistan“ durch. Bitte tragen auch Sie mit Ihrer Spende dazu bei, dass noch mehr benachteiligte Mädchen und Jungen in armen Ländern zur Schule gehen können. Denn Lesen, Schreiben und Rechnen sind der Schlüssel zu einem Leben ohne Not.

Was benötigt wird:

1.200 Euro kostet der Bau einer kleinen Dorfschule.

60 Euro finanzieren die Einrichtung – Tafeln, Tische, Stühle –, erstellt durch lokale Handwerker.

30 Euro genügen, um das gesamte Unterrichtsmaterial für ein Schulkind pro Jahr anzuschaffen.



Foto: Tarek Noor

Kampagnenbotschafterin Cosma Shiva Hagen verfolgt den Unterricht in einer COPE-Schule.

Erfolg in Äthiopien: Nie mehr Beschneidung

Die Afar sind ein Nomadenvolk im Nordosten von Äthiopien. Etwa 95 Prozent ihrer Frauen sind beschnitten. Die, die es nicht sind, haben ein schweres Leben, denn sie gelten als unrein. Doch vor kurzem haben sich 76 Clan- und religiöse Führer öffentlich gegen die Beschneidung der Frauen ausgesprochen.

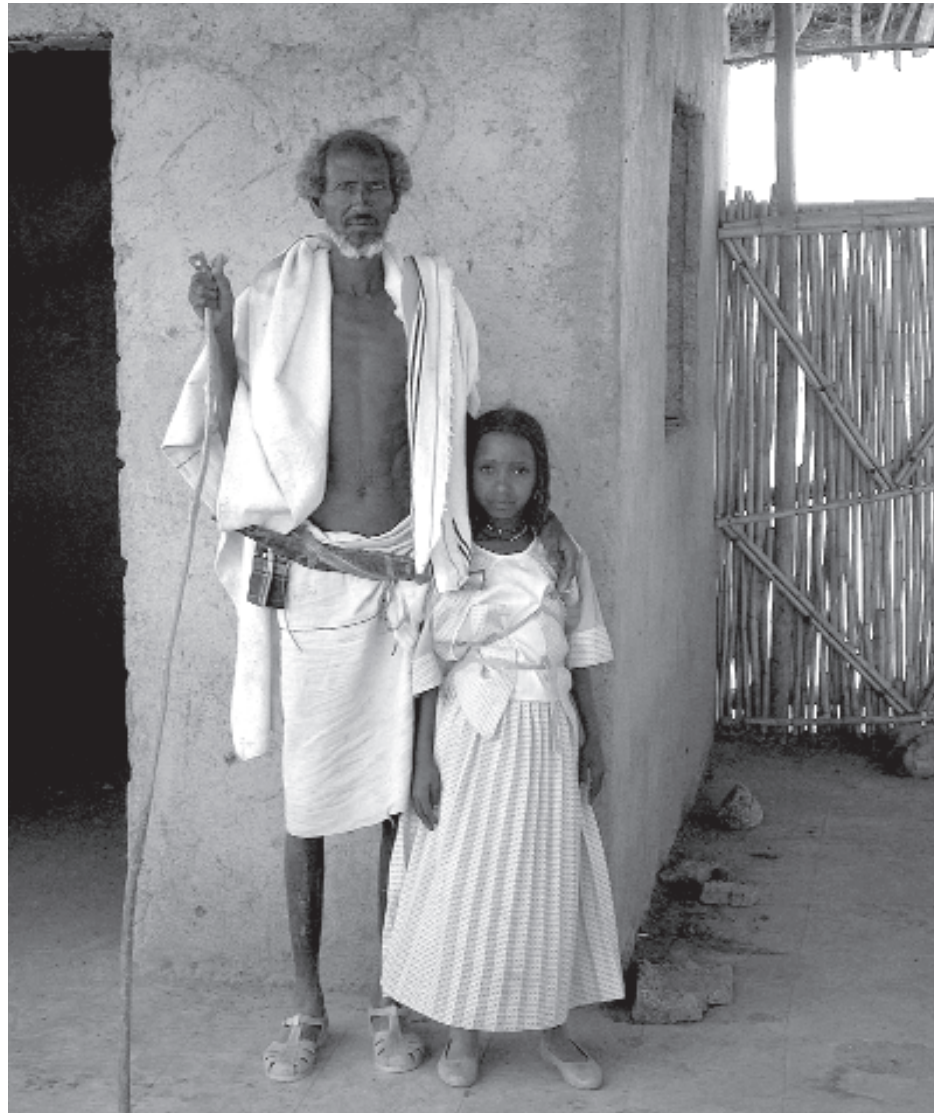
Die Afar sind Moslems, und oft wird FGM (Female Genital Mutilation = weibliche Genitalverstümmelung) mit dem Glauben gerechtfertigt. Ohne Grundlage, denn der Koran sagt nichts zu diesem Thema. Seit Generationen erklären die dörflichen Glaubenslehrer „Selot“, die Beschneidung, zu Gottes Willen. Das heftige Bluten oder gar Sterben der Mädchen sei Allahs Strafe dafür, dass ihre Vorfahren sich versündigt hätten. Doch gegen dieses Dogma regt sich Widerstand.

Heilige Handlung oder grausame Folter?

Fatuma sitzt in ihrer Hütte. Die 18-Jährige ist seit einem Jahr mit Abdo verheiratet, am Boden spielt ihre kleine Tochter. Wie werden sie es mit ihr halten? Fatuma blickt unsicher zu ihrem Mann. „Wir sind dagegen“, sagt der. Seit das Projekt von CARE läuft, sind viele in ihrem Dorf nachdenklich geworden – und mutiger. Abdo will mit gutem Beispiel voran gehen. Er weiß um die Folgen von Selot: Entzündungen, Schmerzen beim Urinieren, Unfruchtbarkeit, HIV/AIDS durch unsterilisierte Messer, oft sogar der Tod. Und er kennt auch die Auswirkungen auf das Sexualleben. Weiß, dass das Eindringen schwierig ist und ohne vorheriges Einschnitten der Vagina durch die Hebamme oft gar nicht möglich.

CARE bricht ein Tabu

Dass Abdo und Fatuma überhaupt darüber reden, wäre noch vor wenigen Jahren undenkbar gewesen. Denn CARE brach ein Tabu, als Helfer 1999 begannen, über die Beschneidung zu sprechen. Wenig später ein weiterer Tabubruch: Eine Beschneidungszeremonie wurde mitgefilmt. Und bei der Versammlung der religiösen Führer übertrug CARE schließlich ein drittes Verbot. Man zeigte das



Dieser Vater war der erste in seinem Dorf, der sich dazu entschloss, seine Tochter nicht beschneiden zu lassen.

Video den Männern. Zum ersten Mal konnten sie, die zu den Zeremonien keinen Zutritt haben, sehen, wie den Mädchen ohne Betäubung Klitoris, innere Schamlippen und schließlich die inneren Schichten der äußeren Schamlippen entfernt wurden. Konnten sehen, wie die klaffende Wunde mit Dornen vernäht und wie ein kleines Holzstückchen in die Vagina eingeführt wurde, damit eine winzige Öffnung für Menstruationsblut und Urin bleibt.

Öffentliche Deklaration gegen Selot

„Genug!“, rief ein entsetzter Mann noch vor Filmende. „Sie waren sichtlich schockiert“, erinnert sich Projektleiter Mari-

am. „Über Generationen hinweg hatten die Afar gedacht, dass Selot eine heilige Handlung sei. Jetzt erst begriffen sie, welche dramatischen Folgen FGM für ihre Frauen hat.“ Einige standen auf und erzählten Geschichten eigener Töchter, die beim Ritual gestorben waren. Andere konnten es nicht fassen: „Was tun wir unseren Frauen an?“

Nur wenig später hatten Afar, die sich zufällig am Weg begegneten, eine Sensation zu berichten: „Die Dorfältesten, Clanführer und Mullahs haben öffentlich deklariert, dass nie wieder Selot praktiziert werden soll.“

Verlassene Witwen: Nur noch eine Strohm- matte zum Schlafen

Thainai sieht Mitleid erregend aus – alt, runzlig und knochendürr –, wie sie ihre Hand nach Almosen ausstreckt. Gleichzeitig wirkt der Anblick kurios, denn sonst scheint keiner zu betteln in den Auffanglagern für Überlebende des Tsunamis.

Thainai, die von sich sagt, sie sei siebzig, bekommt im Camp Killai warme Mahlzeiten. Hier, nahe des Ortes Chidambaram in der Krisenprovinz Tamil Nadu, haben Hilfsorganisationen und die indische Regierung eine Reihe von Hilfsgütern zur Verfügung gestellt: Kleidung, Reis, Wasser, Kochutensilien, Matratzen, Eimer, Medikamente, Seife, Zahnbürsten, Öfen und Petroleum.

Auf unsere Nachfrage zeigt sich jedoch, dass Thainai sich inmitten der Freigebigkeit ausgeschlossen fühlt. Die Hilfe, klagt sie, werde eher an Familienoberhäupter als an Einzelpersonen verteilt. Thainai ist Witwe, offizielle Listen weisen sie als Teil der Familie ihres Sohnes aus. Doch der ist mit Frau und Kindern irgendwann verschwunden – und nahm alles mit, was sie an Hilfsgütern erhalten hatten. Das einzige, was der Sohn ihr ließ, war eine Strohmatten zum Schlafen.

„Vielleicht glauben sie, ich bin tot.“

Während Thainai uns ihre traurige Geschichte erzählt, erscheint Upamma. Ihre Miene verrät keine Gefühlsregung, aber ihre Worte zeugen von Trostlosigkeit. „Ich weiß nicht, warum ich überhaupt noch lebe“, seufzt sie. Die alte Frau wohnte allein auf der Insel, von der sie und Thainai nach der ersten Flutwelle gerettet wurden. Auch Upamma ist siebzig und ebenfalls Witwe. Sechs Kinder brachte sie zur Welt, alle sind verheiratet; und doch gibt es heute niemanden, der sich um Upamma kümmert. Keines ihrer Kinder habe sich nach dem Seebeben die Mühe gemacht herauszufinden, ob sie noch am Leben sei. „Vielleicht glauben sie, ich bin tot“, tröstet sich die Greisin. Doch dann fügt sie bitter hinzu: „Mein Sohn kümmert sich überhaupt nicht um mich.“



Foto: CARE/Sarah Bones

In Situationen der Angst und des Mangels werden alte Menschen oft vergessen – selbst von ihren Kindern.

Inmitten all der Verwüstung, die der Tsunami hinterließ, sind es vielleicht diese alten, von ihren Kindern verlassenen Witwen, die die erbärmlichste Not leiden. Viele sind in tiefe Hoffnungslosigkeit versunken, während Jüngere, selbst wenn sie Kinder oder Partner verloren haben, oft bemerkenswerten Lebenswillen zeigen.

Soziale Verantwortung für die Schwächsten

Ihre schlimme Lage wirft Fragen auf zur Methode der Verteilung. Hilfsgüter über Familienvorstände auszugeben, setzt soziales Verantwortungsgefühl für die Schwächsten voraus, vor allem für Alte, Kinder und Kranke. Doch Situationen der Angst und des Mangels, wie nach dieser Naturkatastrophe, können rücksichtslose Überlebensinstinkte zum Vorschein bringen.

Noch immer leben hunderttausende Flutgeschädigte obdach- und mittellos in Lagern und Notunterkünften. Mehr als 1.800 CARE-Helfer in der Krisenregion achten deshalb besonders darauf, in Zusammenarbeit mit einheimischen Partnerorganisationen vor allem jene zu berücksichtigen, an die sonst keiner denkt – wie die verlassenen Witwen von Camp Killai.

Umfassende Informationen zur CARE-Nothilfe der letzten Monate und zu unseren langfristigen Projekten des Wiederaufbaus am Indischen Ozean bietet unsere Homepage:
www.care.de/nn_tsunami.html



Foto: Harsha de Silva

CARE achtet darauf, dass Alte und Alleinstehende bei der Ausgabe von Hilfsgütern nicht zu kurz kommen.

Oscarcito – Horst Schroth und CARE helfen Slumkindern

Horst Schroth gehört zu den beliebtesten Kabarettisten Deutschlands. Doch der Komiker hat auch eine weniger bekannte Seite: Gemeinsam mit seiner Frau Dr. Elke Rottgardt engagiert sich der 57-Jährige für soziale Projekte in Lateinamerika. In Argentinien haben beide die finanzielle Schirmherrschaft für „Oscarcito“ übernommen, ein Vorschulprojekt für ausgegrenzte Kinder in den Slums von Buenos Aires.

Allein in der Hauptstadt gibt es mehr als vier Millionen arme Kinder und Jugendliche. Die Bewohner der „villas miseria“ gehören größtenteils indianischen Eth-

nien an und sprechen kein richtiges Hochspanisch. Die Kinder werden kurzerhand für dumm erklärt und vernachlässigt. Viele lernen deshalb weder lesen noch schreiben und haben keine Chance, ihr Ghetto jemals zu verlassen.

Wissenschaftler der Universität Buenos Aires haben sich dieser Problematik angenommen. In den Slums führen sie sehr erfolgreiche Schulhilfeprojekte durch – und weiten sie nun durch „Oscarcito“ auf den Vorschulbereich aus. Die praktische Arbeit mit Kindern bereitet diese sowohl sprachlich als auch inhaltlich auf den Schuleintritt vor.

Horst Schroth hat sich für CARE als erfahrenen, zuverlässigen Abwicklungspartner entschieden: „Meine Frau und ich sind überzeugt vom Projektkonzept. 75 Prozent des Budgets bringen wir selbst aus privaten Mitteln auf. Für die anderen 25 Prozent bitten wir CARE-Spender um ihre Hilfe. Mit nur 12



Engagiert gegen Benachteiligung: Dr. Elke Rottgardt und Horst Schroth

Foto: Gabi Oster-Novak/Rheinzeitung

Euro im Monat oder 144 Euro im Jahr können Sie einem Kind die Teilnahme an ‚Oscarcito‘ ermöglichen!”

Mehr über das Projekt:
www.care.de/oscarcito.html

Kontakt

**CARE International
Deutschland e.V.**

Geschäftsstelle
Dreizehnmorgenweg 6, 53175 Bonn
Telefon: 02 28 / 975 63-0, Fax: -53
eMail: info@care.de
Homepage: www.care.de

Impressum

Herausgeber:
CARE International
Deutschland e.V.
Redaktion:
Christian Worms
Satz und Layout:
MediaCompany Berlin
Druck: Druckerei Plump OHG
Auflage: 37.000
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier



Spendenkonten:

Konto 44 040, Sparkasse KölnBonn
BLZ 380 500 00
oder
Konto 88 080, Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00

Online-Spenden:
www.care.de

Die Verwendung Ihrer
Spende wird geprüft:



Vor dem G8-Gipfel in Schottland mussten sich die Staats- und Regierungschefs der reichsten Länder auf eine gigantische Postsendung gefasst machen: Zwei Millionen Kinder aus 100 Ländern hatten auf Initiative der Globalen Bildungskampagne „Freundinnen“ und „Freunde“ aus Papier gebastelt und bemalt, die alle eine Botschaft enthielten: „Schick meine Freundin, meinen Freund zur Schule!“

Die Papierfiguren symbolisieren mehr als 100 Millionen Kinder, die weltweit immer

Kinder der Welt senden Botschaft an G8: Schickt unsere Freunde zur Schule!

noch nicht zur Schule gehen können. Eine traurige Bilanz, denn zur Jahrtausendwende hatte sich die UNO auf wichtige Entwicklungsziele zur Halbierung der Armut geeinigt. Zu diesen Millenniumszielen gehört das Versprechen, allen Kindern bis zum Jahr 2015 eine kostenlose, gute Grundbildung zu garantieren. Bereits das erste wichtige Etappenziel, die Gleichstellung von Mädchen und Jungen bei der Grundbildung bis 2005, wird in diesem Jahr verfehlt.

Doch wer Lesen, Schreiben und Rechnen nicht gelernt hat, bleibt ein Leben lang benachteiligt. Bildung ist deshalb der Schlüssel zur Armutsbekämpfung. Aus diesem Grund setzt sich CARE nicht nur mit Hilfsprojekten, sondern auch mit politischer Lobbyarbeit in der Globalen Bildungskampagne (Global Campaign for Education/GCE) nachdrücklich dafür ein, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, eine Schule zu besuchen!

**Mehr zur Globalen Bildungskampagne
unter www.care.de/gce.html**



Foto: Globale Bildungskampagne

Auch in Deutschland bastelten Kinder Papierfreunde und diskutierten über das Recht auf Bildung für alle, hier mit Bundestagsvizepräsidentin Dr. Susanne Kastner.